

## *Kolumbien-aktuell*

No. 428

5. Mai 2006

**1. Frieden und Konflikt: Die Wahrheit ausgraben? - Die Massengräber, eine erste Herausforderung an das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden**

**2. Wirtschaft: Drogen in Kolumbien - die Bestärkung des Teufelskreises des Drogenhandels**

**3. Politik: Würden Sie auch Gaviria wählen?**

*Leitungsequipe:*

Alejandro Angulo S.J., CINEP; Gabriel Izquierdo S.J., Redunipaz  
Carlos Salgado, PLANETA PAZ; Camilo Castellanos, ILSA

*Direktion:*

Natalia Rey

*Redaktionsequipe:*

Alejandro Angulo S.J.; Natalia Rey; Camilo Tamayo

*Gestaltung der Website:*

[www.actualidadcolombiana.org](http://www.actualidadcolombiana.org)

e-mail: [actualidadcolombiana@cinep.org.co](mailto:actualidadcolombiana@cinep.org.co)

*Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:*

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz

e-mail: [askluzern@datacomm.ch](mailto:askluzern@datacomm.ch); Internet: [www.kolumbien-aktuell.ch](http://www.kolumbien-aktuell.ch)

### **1. Frieden und Konflikt: Die Wahrheit ausgraben? - Die Massengräber, eine erste Herausforderung an das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden**

*Der jüngste Fund von Massengräbern mit Opfern des Paramilitarismus könnte zu einem traurigen aber wichtigen Ausgangspunkt zur Aufklärung der Wahrheit über die von diesen illegalen Gruppen verübten Verbrechen gegen die Menschlichkeit werden. Wir KolumbianerInnen und die internationale Gemeinschaft werden wissen, ob das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden erlauben wird, die Wahrheiten ans Licht zu bringen oder im Gegenteil Hoffnungen auf Gerechtigkeit und Versöhnung weiterhin verschüttet.*

*Von Rodrigo Uprimny - Maria Paula Saffon, Direktor und Forscherin des Studienzentrums für Recht, Gerechtigkeit und Gesellschaft DeJuSticia*

Der Fund dieser Massengräber ist ein erschütternder Beweis für die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen der paramilitärischen Verbände, welche sich in einem Demobilisierungsprozess befinden. Die in diesen Gräbern gefundenen Toten waren Opfer von abscheulichen Verbrechen, so u.a. von Entführung, Verschwindenlassen, Folter und Massakern. Es sind makabre Illustrationen der von den Paramilitärs in den letzten Jahrzehnten verübten Abscheulichkeiten.

Doch der Fund dieser Massengräber bedeutet gleichzeitig und in paradoxer Weise auch ein Hoffnungsschimmer für die Familienangehörigen der hier aufgefundenen Opfer. Er ermöglicht

ihnen Gewissheit über den Aufenthaltsort ihrer Liebsten zu haben, auch wenn dies eine tragische und verzweifelte Gewissheit ist. Aber es entsteht so auch die Möglichkeit, nach den Umständen zu forschen, welche zu diesen Verbrechen geführt und schliesslich mit dem Begraben der Opfer in diesen Massengräbern geendet haben. Es erlaubt auch die Identität der Opfer und der Täter zu kennen, wie auch die Gründe, welche zu diesen Verbrechen führten. Mit dem Fund dieser Massengräber eröffnet sich die Möglichkeit, dass sowohl den Opfern nahe stehende Personen wie auch die kolumbianische Gesellschaft allgemein beginnen, die Wahrheit über das Geschehene zu erfahren. Obwohl diese Wahrheit unendlich schmerzt und Abscheulichkeiten offen legt, die kaum verständlich sind, ist diese Wahrheit ein erster Schritt um von der möglichen Auflösung des paramilitärischen Phänomens zu sprechen.

Dies, weil das Recht auf Wahrheit in seiner individuellen Form (als Recht der Opfer) und in seiner kollektiven Form (als Recht der gesamten Gesellschaft) die Grundvoraussetzung für jedwelchen Übergangsprozess ist, welcher die Rechte der Opfer respektieren und garantieren will, dass diese schweren Menschenrechtsverletzungen in Zukunft nicht mehr vorkommen. Nur wenn die Wahrheit über die Umstände offen gelegt wird, in denen diese abscheulichen Verbrechen verübt wurden, gibt es eine ausreichende Grundlage zur Bestrafung der Täter und zur Entschädigung der Opfer. Zudem kann nur dann die Gesellschaft als Ganzes eine kollektive Geschichte über das Vorgefallene aufbauen, welche darauf ausgerichtet ist, diese abscheulichen Verbrechen zu verurteilen und Mechanismen zu schaffen, welche garantieren, dass dies in Zukunft nie mehr vorkommt.

Damit der Fund dieser Massengräber aber zu einem Instrument zur Aufklärung der Wahrheit über die verübten Abscheulichkeiten der Paramilitärs werden kann, müssten die mit der Umsetzung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden beauftragten Institutionen eine Reihe von Bedingungen erfüllen, welche vom Gesetz weder vorgesehen noch erleichtert werden.

Das Gesetz ist grosszügig in prinzipiellen Erklärungen über die Bedeutung der Garantierung des Rechtes auf Wahrheit, jedoch sehr bescheiden in der Bestimmung konkreter Mechanismen zu dessen effektivem Schutz. So sieht das Gesetz vor, dass die demobilisierten Paramilitärs ein freies Geständnis gegenüber den Behörden ablegen, ohne dass sie aber verpflichtet sind, die Wahrheit zu sagen. In den folgenden 60 Tagen hat dann die Staatsanwaltschaft Zeit, die Mitbeteiligung des Demobilisierten bei der Verübung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuklären und entsprechende Anklagen zu formulieren in Bezug auf die gestandenen Verbrechen und auch in Bezug auf vermutete Verbrechen. Diese Anklagen können von den Demobilisierten akzeptiert oder zurückgewiesen werden. Nur im ersteren Fall werden sie bei einem Schuldspruch in den Genuss der im Gesetz Gerechtigkeit und Frieden vorgesehenen Strafbegünstigung kommen, welche eine Maximalstrafe von 8 Jahren Gefängnis vorsieht, statt eine übliche Strafe von bis zu 60 Jahren Gefängnis, welche für Verbrechen wie Massaker und Entführungen vorgesehen sind. Die Strafbegünstigung wird unabhängig von der Anzahl der von den Demobilisierten verübten Verbrechen erteilt.

Jene Verbrechen, welche der Demobilisierte nicht gesteht, können grundsätzlich auch untersucht und später mit dem ganzen Gewicht der normalen Rechtssprechung bestraft werden. Doch der Demobilisierte hat die Möglichkeit, die neuen Anklagen für die Delikte, welche er nicht gestanden hatte, zu akzeptieren und damit nicht dem gewöhnlichen Strafrecht unterstellt zu werden. Er kann also auch für diese Verbrechen in den Genuss der Strafbegünstigung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden kommen. Die neuen Strafbegünstigungen werden zu den bereits erhaltenen dazu gezählt. Musste er eine Gefängnisstrafe verbüssen, so wird ihm diese Zeit angerechnet und entschieden, wie lange er noch inhaftiert bleiben muss, wobei jedoch das Maximalstrafmass von 8 Jahren nie überschritten werden darf. Der Demobilisierte wird eine Strafverlängerung von 20% erhalten, wenn die neu nachgewiesenen Verbrechen sehr schwerwiegend sind. Der Demobilisierte würde diese Strafbegünstigung nur verlieren, wenn die Staatsanwaltschaft nachweisen könnte, dass

er absichtlich diese Verbrechen in seinem freien Geständnis verschwiegen hat. Ein Nachweis, der sehr schwierig ist.

Das Gesetz sieht also keine klaren Anreize für ein Geständnis der von den Paramilitärs verübten Verbrechen vor. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass sich diese darauf beschränken werden, nur dort ihre Mitbeteiligung an Verbrechen einzugestehen, bei denen sie befürchten, dass der Staat diese bereits aufgedeckt hat. Dies sind ganz wenige Verbrechen.

In Bezug auf die Massengräber heisst das, dass die demobilisierten Paramilitärs keinerlei klaren Anreiz haben, um zu gestehen, wo sich Massengräber befinden, noch die Autoren zu nennen, welche für die Verbergung der Leichen und der vorangegangenen Verbrechen verantwortlich sind, noch die Gründe zu nennen, weshalb es zu diesen Verbrechen gekommen ist oder die Verbindungen zwischen diesen und weiteren Verbrechen aufzudecken. Schlimmer noch, es ist gut möglich, dass die Paramilitärs im Gegenteil versuchen werden, das Aufdecken neuer Massengräber zu verhindern, wie sie es scheinbar mit der unterschiedslosen und unmenschlichen Verbrennung von solchen Massengräbern bereits begonnen haben.

Der Fund dieser Massengräber ist ein Beweis von ungeheurer Bedeutung für das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden und eine entscheidende Herausforderung für die mit der Umsetzung des Gesetzes beauftragten Instanzen, insbesondere die Generalstaatsanwaltschaft. Trotz der Limitierungen des Gesetzes in Bezug auf die vollumfängliche Garantierung des Rechtes auf Wahrheit, haben diese Instanzen doch die Möglichkeit zu zeigen, dass das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden in seiner Umsetzung fähig ist, dieses Recht zu erfüllen. Dies kann aber nur gezeigt werden, wenn das im Gesetz verankerte Recht auf Wahrheit ernst genommen wird und aktiv nach den Orten von Massengräbern, nach der Identität der darin begrabenen Opfer und nach den Tätern, welche sie dort vergruben, geforscht wird.

Der Fund dieser Massengräber müsste ein bedeutungsvoller Ausgangspunkt sein, um die Paramilitärs, welche in diesen Gebieten aktiv waren, nach ihrer Mitbeteiligung bei den Verbrechen zu befragen, welche schliesslich zum Vergraben der Opfer in diesen Massengräbern geführt haben. Da es sehr unwahrscheinlich ist, dass jemand seine Beteiligung an solch abscheulichen Verbrechen vergessen kann, muss die Tatsache, sie im freien Geständnis nicht zu gestehen, als eine vorsätzliche Unterlassung betrachtet werden, welche dazu führen müsste, dass der Demobilisierte nicht mehr wie im Fall der gestandenen Verbrechen in den Genuss von Strafbegünstigung kommen kann. Diese Interpretation des Gesetzes könnte von der Staatsanwaltschaft verteidigt werden und zu einem wirklichen Anreiz führen, damit die Demobilisierten alle verübten Verbrechen vollumfänglich gestehen und dadurch ein Teil der Funktionslogik des Paramilitarismus aufgedeckt werden könnte, was ein Schlüsselement für die endgültige Auflösung des Paramilitarismus als kriminelle Struktur sein könnte.

Zu einem guten Teil liegt es in den Händen der Instanzen, welche mit der Umsetzung des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden beauftragt sind, insbesondere beim Generalstaatsanwalt, den Beweis zu erbringen, dass ihre bei der Verteidigung des Gesetzes vor dem Kongress vorgebrachten Argumente, das Gesetz könnte das Recht auf Wahrheit garantieren, auch tatsächlich erfüllbar sind. Diese Massengräber sind daher eine entscheidende Probe für das Gesetz Gerechtigkeit und Frieden. Die KolumbianerInnen und die internationale Gemeinschaft werden wissen, ob dieses Gesetz die Aufdeckung von Wahrheiten erlaubt oder im Gegenteil weiterhin die Hoffnung auf Gerechtigkeit und Versöhnung zu begraben hilft.

Bei dieser Prüfung geht es nicht nur um eine theoretische oder politische Kontroverse zwischen Verteidigern und Kritikern des Gesetzes Gerechtigkeit und Frieden. Es geht vor allem auch darum, ob die Familienangehörigen und FreundInnen der Opfer, welche in diesen Massengräbern bestattet

wurden, die Wahrheit über das Geschehene erfahren können und so ein wenig - und sei dies noch so gering - ihre Verzweiflung und ihr Schmerz gelindert wird. Der Verlust eines geliebten Menschen, entrissen aufgrund eines bewaffneten Konfliktes, bedeutet ein unermesslicher Verlust, welcher das Leben aller Hinterbliebenen tief in Mitleidenschaft zieht.

## **2. Wirtschaft: Drogen in Kolumbien - die Bestärkung des Teufelskreises des Drogenhandels**

*Aufgrund des jüngsten Berichtes des US-Staatsdepartements über den Drogenanbau in Kolumbien analysiert der Autor die Zahlen und die erreichten Resultate der aktuellen Antidrogenstrategie, welche Teil des Plan Colombia ist.*

*Von Ricardo Vargas M.; Soziologe und Direktor von Acción Andina Colombia*

Der Drogenbericht des US-Staatsdepartements, welcher kürzlich veröffentlicht wurde, bezeichnet das Jahr 2005 als ein Rekordjahr in der Ausrottung von Kokapflanzungen in Kolumbien. Es wurden 138'775 Hektaren besprüht und 31'285 Hektaren manuell ausgerottet, also insgesamt über 170'000 Hektaren. Doch wenn man die Anzahl der bestehenden Kokaanbaufläche als entscheidenden Indikator nimmt, dann ist das Ergebnis enttäuschend.<sup>1</sup> Tatsächlich verzeichnet der Bericht der US-Drogenbehörde ONDCP von Mitte April 2006 eine Zunahme des Kokaanbaus um 30'000 Hektaren im Jahr 2005 im Vergleich zur Anbaufläche im Jahr 2004. Dies bedeutet eine Zunahme um 26%.

Das vergangene Jahr war auch ein Rekordjahr in Bezug auf die Beschlagnahmungen von Kokain: 223 Metertonnen Kokain und Basispaste (*A.d.Ü. Verläuferprodukt, aus dem das reine Kokain erstellt wird*). Dieses *erfolgreiche* Bild von Aktionen der Macht wird noch durch die Auslieferung von 304 Kolumbianern vervollständigt. Zusammengefasst: Kolumbien trieb im Jahr 2005 mit grösster Effizienz die Drogenbekämpfung voran, mit der der Drogenhandelskreislauf in seinen Ursprungsgebieten eingedämmt werden soll.

Doch eine realistische Bilanz der Probleme der aktuellen Antidrogenstrategie muss eine längere Zeitspanne berücksichtigen. Zwei wichtige Phasen sind bei der Umsetzung der jüngsten Drogenpolitik zu beachten. Die erste begann im Jahr 1994 mit dem Beginn der Besprühungen der Kokapflanzungen und dauerte bis 1999. In dieser Zeit war die Zunahme der Kokaanbaufläche unaufhaltbar, trotz der konstanten Besprühungen. Die zweite Phase beginnt ab dem Jahr 2000, als die umfassendste Bekämpfungsstrategie im Rahmen des Plan Colombia begann, welcher zum Ziel hatte, den Teufelskreis des Wiederaanbaus durch raschere und intensivere Besprühungen zu durchbrechen. Dies mit Kosten, welche in den fünf Jahren 4 Mrd. US-Dollar überstiegen. Heute befinden wir uns in der letzten Etappe dieser zweiten Phase. Daher ist die heutige Bilanz weit aufschlussreicher in Bezug auf die Erfolge und Misserfolge dieser Strategie. Wie in der Tabelle 1 ersichtlich ist - deren Daten auf den Angaben des US-Staatsdepartements beruhen - laufen die Dinge schlecht.

**Tabelle 1:  
Kokaanbaufläche, Besprühungen und effektive Verminderung der Anbaufläche nach den Angaben von ONDCP**

<i>Referenzjahr</i>	<i>Anzahl Hektaren</i>	<i>Besprühungsjahr</i>	<i>Besprühte Fläche</i>	<i>Effektive Anbaureduktion</i>
1999	122'500	2000	58'073	+ 13'700
2000	136'200	2001	94'153	+ 33'600

<sup>1</sup>International Narcotics Control Strategy Report 2006, Released by the Bureau for International Narcotics and Law Enforcement Affairs, März 2006, Washington

<i>Referenzjahr</i>	<i>Anzahl Hektaren</i>	<i>Besprühungsjahr</i>	<i>Besprühte Fläche</i>	<i>Effektive Anbaureduktion</i>
2001	169'800	2002	130'364	- 25'400
2002	144'400	2003	132'817	- 31'000
2003	113'850	2004	136'551	+ 150
2004	114'000	2005	139'400	+ 30'000
2005	144'000	2006		

Quelle: US-Staatsdepartement - ONDCP

Tatsächlich lassen sich nur in den Jahren 2002 und 2003 konjunkturelle Verringerungen der Kokaanbaufläche feststellen. Dies war aufgrund der hohen Konzentration der Kokaanbaufläche im Putumayo möglich (gegen 45% der nationalen Anbaufläche im Jahr 2001), was die Besprühungen erleichterte und flüchtige Erfolge bei der Anbaureduktion brachte. In den Jahren 2003 und 2004 führte die Dynamik der Veränderung der Anbaugebiete zur Neutralisierung der Erfolge: Der Kokaanbau weitete sich auf 23 Departemente aus, während zu Beginn des Plan Colombia nur 11 Departemente Kokapflanzungen verzeichneten. Zudem kam es zu einer natürlichen Selektion der Koka, welche sich den Besprühungen gegenüber als resistent erwies und es wurden mindestens 15 neue Sorten Koka (vor allem bolivianische) angebaut, welche einen höheren PBC Gehalt (Kokaingehalt) pro Gewichtseinheit aufweisen und die Anpflanzungen weiteten sich auf unwegsame, schwer auffindbare und unkontrollierbare Gebiete aus.

In den fünf Jahren der Umsetzung des Plan Colombia ergab sich ein Verschleiss von Flugzeugen zur Überwachung des Luftraums, die Koordinationsfehler zwischen Armee und Polizei konnten nicht überwunden werden, die Aktionen zur Eindämmung des Drogenhandels per Luftverkehr erlitten schwere Rückschläge wie das General Accounting Office (GAO) festhielt. Nach dem jüngsten Bericht wurden zwischen 2002 und 2005 insgesamt 68,4 Mio. US\$ in das Aufdecken und Abfangen von Drogenflugzeugen investiert. Für das laufende Jahr wurden 26 Mio. US\$ für diese Strukturen bereit gestellt und die Resultate sind mager: Von 390 verdächtigen Flugzeugen konnten nur 48 (12,3%) von der Luftwaffe effektiv lokalisiert werden. Einmal erfasst, konnten nur 14 Flugzeuge (3,6%) wirklich erreicht werden und nur in einem Fall konnte auf diese Weise Kokain beschlagnahmt werden. Die fehlende Koordination zwischen den Sicherheitsdiensten, zusammen mit der Zunahme der Überflüge von verdächtigen Flugzeugen in den Grenzregionen führte letztendlich dazu, dass die Mehrzahl der Flugzeuge entkommen konnte.<sup>2</sup>

In diesem Kontext beklagte gegen Ende 2005 die kolumbianische Luftwaffe die Zunahme von geheimen Landepisten auf Landgütern, in unwegsamem Gebieten, abgelegenen Dörfern und Viehweiden in den Departementen La Guajira, Sucre, Córdoba und im Süden des Dep. Bolivar. Wenn es auch eine Verbesserung der Kontrolle des Luftraumes im Grenzgebiet zu Brasilien (vor allem im Vaupés) gab, so wurde eine Zunahme im Luftraum der Atlantikküste verzeichnet.<sup>3</sup>

Andrerseits hat die Zunahme der Kontrollen in den kolumbianischen Gewässern, insbesondere des Pazifiks, zu einer raschen Zunahme der Nutzung ecuadorianischer Küstengebiete für die Verschiffung von Drogen geführt. Dies zeigt sich im Volumen der beschlagnahmten Drogen: Im Jahr 2004 waren es 5,6 Tonnen, 2005 bereits 30 Tonnen.

Diese Tendenz gilt generell für die Andenregion. So stehen nach Angaben des US-

<sup>2</sup>GAO, Drug Control: Air Bridge Denial Program in Colombia has implemented new safeguards, but its effect on drug trafficking is not clear, September 2005.

<sup>3</sup>Diese Zonen waren unter paramilitärischer Kontrolle. Die Klage wurde vom Subdirektor der kolumbianischen Luftwaffe im Rahmen der 15. Versammlung der Chefs von Institutionen gemacht, welche mit der Bekämpfung des Drogenhandels in Lateinamerika und der Karibik beauftragt sind. Die Versammlung fand vom 17.-21. Oktober 2005 in Cartagena statt.

Staatsdepartements in Bolivien von den insgesamt 30'000 Hektar Kokapflanzungen 23'000 Hektaren im Dienst des Drogenhandels. In Peru werden mehr als 50'000 Hektaren Kokapflanzungen verzeichnet, was einer Zunahme von 2003 auf 2004 um 14% entspricht. Dazu kommt die Zunahme des Schmuggels nach Europa (auf dem Meeres- und dem Luftweg) von Venezuela aus, dies im Kontext des gegenseitigen Misstrauens zwischen Washington und Caracas.

Die Tendenz zu einer zunehmenden Involvierung anderer Subregionen wie der Südspitze Südamerikas (Paraguay und das Dreiländereck mit einer Zunahme des Schmuggels nach Brasilien und Argentinien), der Karibik und Zentralamerikas - wobei Zentralamerika als Brücke zu den mächtigen mexikanischen Kartellen und für den Zugang zu den Märkten in den USA gilt - ist eine weitere Charakteristik des jetzigen Moments in Bezug auf die Drogenproblematik in der lateinamerikanischen Hemisphäre.

Aufgrund des Budgetdefizits der USA und die zunehmenden Verpflichtungen der USA in Bezug auf ihre Sicherheitsstrategie in Zentralasien, fiel die Hilfe der USA an die am meisten in den Drogenkreislauf eingebundenen Anden- und Amazonasländer im vorgesehenen Haushaltsplan von 2007 um 23%, wenn man die Vergleichszahlen von 2005 nimmt: Venezuela -66%; Brasilien -55%; Ecuador -33% und Panama -33% verzeichnen die grössten Kürzungen, während Peru -15% und Bolivien -27% empfindliche Kürzungen hinnehmen müssen, wenn man bedenkt, dass diese Länder in absoluten Zahlen bei der Antidrogenhilfe direkt nach Kolumbien kamen.<sup>4</sup>

Die grössten Kürzungen scheinen beim Bereich Stärkung und Unterstützung des Programmes zur Bekämpfung der Drogenflüge mit dem Namen Critical Flight Safety Program gemacht zu werden, welches wegen seiner dürftigen Resultate kein hohes Ansehen im US-Kongress genießt.

Dieses enttäuschende Panorama der Resultate des Plan Colombia im Kontext der Andeninitiative wird noch verstärkt werden, wenn die schwerwiegenden und tatsächlichen Auswirkungen auf den illegalen Kokainhandel bekannt sein werden, die Veränderungen beim landwirtschaftlichen Anbau von Koka und die entsprechenden Folgen in Bezug auf die Ausbeute. Dazu kommt noch, dass sowohl das UN-Drogenbüro (UNODOC) wie auch ONDCP falsche Angaben zum tatsächlichen Produktionspotenzial der Region machen, wenn sie von einer Produktionskapazität von 670 Tonnen Kokain ausgehen.

Kolumbien allein besitzt mit seinen 144'000 Hektaren Anbaufläche heute ein Produktionspotenzial von 1'050 Tonnen Kokain. Zusammen mit den Anbauflächen in Peru (mit einem Produktionspotenzial von 250 Tonnen Kokain) und Bolivien (gegen 115 Tonnen Kokain) nähern wir uns einer regionalen Kokainproduktion von 1'400 Tonnen. Diese Situation kann in den traditionellen Kokaanbaugebieten Kolumbiens beobachtet werden, auch im beeindruckenden Preissturz des Kokains, das heute rund 1,1 Mio. Pesos das Kilo (rund 500 US\$) Wert hat, während es im Jahr 2003 im Durchschnitt 2,25 Mio. Pesos (rund 1023 US\$) erreichte. Dies bedeutet einen Preiserfall auf die Hälfte des damaligen Preises. Dies bedeutet auch, dass sich die soziale Krise in den Anbaugebieten verschlimmert hat.

Trotzdem, dieser Kontext wäre optimal für die Umsetzung einer gut durchdachten Strategie für eine alternative Entwicklung. Aber diese Politik ist mit vielen Problemen konfrontiert, angefangen mit den Auswirkungen der Besprühungen selber und der Irrationalität in der Verteilung der Geldmittel auf Departementsebene. Dazu kommt die Verlängerung des Konfliktes und die territoriale Kontrolle der bewaffneten Gruppen, sowohl der Guerilla wie der rezyklierten Paramilitärs. Diese beiden Themen verlangen eine tiefere Analyse. Doch das Weisse Haus glaubt, dass in den kommenden Jahren weiterhin *mehr vom Gleichen* gemacht werden soll. Der US-Kongress beginnt zu überlegen,

---

<sup>4</sup>Center for International Policy CIP, Aid to Latin America in the 2007 request, Februar 08, 2006

dass die Strategie noch radikalisiert werden sollte, von daher die starke Mehrheit im US-Repräsentantenhaus - 399 Ja gegen 5 Nein-Stimmen - für das Gesetz HR 2829 angeführt von den beiden Republikanern Dan Burton und Mark Souder, welches einem Budget für den US-Antidrogenzwar zustimmt und diesen auffordert, ein Programm für einen Feldversuch mit biologischen Waffen gegen den Kokaanbau auszuarbeiten. Wenn der Senat dieser Verzweiflungstat zustimmt, werden die Dinge sich noch mehr verschlechtern.

Das Drogenbüro des US-Staatsdepartements glaubt, dass die Strategie mit der Auslieferung von 50 Mitgliedern des Führungsstabes der FARC verbessert würde. Dabei wird die FARC fälschlicherweise als das mächtigste Drogenkartell bezeichnet, weil die FARC 60% der Anbaufläche kontrolliere. Diese Angabe ignoriert die Segmentierung des Drogenhandels in Hunderte von Netzwerken von Organisationen, welche von der Kokainproduktion bis zu den internationalen Märkten reichen. Washington scheint in eine Logik des blinden Zuschlagens einzutreten, dies aufgrund der mickrigen Resultate ihrer Strategie. Dies sollte vielmehr Anlass zu einem offenen Dialog mit den involvierten Ländern, einer konzertierten Politik mit den urbanen und ruralen Gemeinschaften und einer realistischen Evaluation sein, womit effiziente Anpassungen erreicht werden könnten. Dies verlangt auch von jenen, die einen Wechsel der Strategie verlangen, eine politische Verpflichtung und gangbare Vorschläge.

### **3.Politik: Würden Sie auch Gaviria wählen?**

*Aufgrund des Streiks im öffentlichen Verkehr in Bogotá und die Art und Weise, wie der Bürgermeister Lucho Garzón diese Krise mit seiner Regierungsequipe anging, fragt sich der Autor: Welche politische Unterstützung hat der Alternative Demokratische Pol PDA?*

*Von Alvaro Delgado, Forscher am CINEP*

Aufgrund des Streiks der Besitzer der Busunternehmen von Bogotá, welcher am 2. Mai begann und beim Verfassen dieses Artikels noch in Kraft war, haben die Führungsleute des PDA erneut den Bürgermeister Lucho Garzón allein gelassen. Sie hatten dies schon in früheren Fällen getan, als die Stadtregierung und die Finanzaufsicht der Stadt sich entschieden hatten, den grossen Bodenspekulanten entgegen zu treten, welche die östlichen Hügelzüge Bogotás seit Dutzenden von Jahren abholzen und verwüsten und die Umweltnormen des Stadtrates, der Stadtregierung und der nationalen Gesetzgebung missachten.

Lucho Garzón wurde bei zwei Grundproblemen der Stadt allein gelassen: Der öffentlichen Gesundheit und dem Recht auf ein modernes, effizientes, menschenwürdiges Transportwesen, wie es der Transmilenio mit all seinen Schwächen ist. Abgesehen davon, dass die radikale Linke, welche im PDA das Sagen hat, historisch kein Stadtkonzept und kein städtisches Lebenskonzept hat, ist es ein verhängnisvoller Grund, welcher der Auslöser ist, dass der Bürgermeister verurteilt wird oder mindestens zu diesem Problem geschwiegen wird: Er schmeckt nach Wahlkampf oder besser noch nach Wahlfängerei. Der PDA ist weder als Bewegung organisiert, noch getraut er sich als parlamentarische Fraktion die Haltung eines Bürgermeisters zu unterstützen, welcher statt nur zu reagieren, versucht, die Stadt so zu verwalten, dass das Allgemeinwohl im Zentrum steht. Die Führungsleute des PDA ziehen es demgegenüber vor, im üblen Spiel der Busunternehmen und beim Kampf um jeden Centavo mitzuspielen, welcher von den Busunternehmen den Chauffeuren aufgezungen wird. Dabei bestehen diese Unternehmen nur auf dem Papier, wurden von der Mafia geschaffen und niemand hat sich bisher getraut, diese mehr als nur verbal herauszufordern. All dies - so denkt der PDA fälschlicherweise - um keine Punkte bei den Präsidentschaftswahlen vom 28. Mai zu verlieren.

Doch woher kommt die Wählerschaft des Alternativen Demokratischen Pols PDA? Ist der PDA so

sicher, dass er mit Populismus jene Kreise gewinnt, welche der PDA braucht, um zu einer demokratischen, all jenen offenen Bewegung zu werden, die glauben, dass ein besseres Leben für uns KolumbianerInnen möglich ist? Betrachten wir einige Ergebnisse, die in dieser Sache weiter helfen können.

In einem Buch mit verschiedenen Artikeln über die neue lateinamerikanische Linke<sup>5</sup> und auf der Grundlage von glaubwürdigen Umfragen rund um die Präsidentschaftswahlen von 2002, bei denen Lucho Garzón der Kandidat der Linken war, kommt der Forscher César Rodríguez Garavito zu folgendem Schluss: *Die Klassifizierung der Befragten, welche Garzón wählten, nach demographischen und sozio-ökonomischen Kriterien, ergibt ein Profil linker WählerInnen, das sich vom einfachen Volk unterscheidet. Bei den Wahlen im Jahr 2002 hatte der typische linke Wähler und die typische linke Wählerin ein Universitätsstudium absolviert oder war noch im Studium, war weniger als 45 Jahre alt, war areligiös, hatte eine Arbeit oder war Selbständigerwerbende, lebte in Bogotá oder im Osten des Landes, gehörte keiner traditionellen politischen Partei an und war politisch wählerisch, denn seine oder ihre Wahl beruhte auf einer Analyse der Kampagnen und Programme der Kandidaten. Das Geschlecht spielte bei den linken WählerInnen keine entscheidende Rolle. Die Unterstützung für Lucho Garzón kam vor allem von der Mittelklasse und der oberen Mittelklasse und nicht von der Unterschicht. Auf diese Ergebnisse gestützt sagt Rodríguez, dass die soziale Schicht kein entscheidender Faktor für die Wahl der Linken war.*

*Bei der gemachten Umfrage - heisst es im Text - wählte kein Arbeitsloser Garzón und nur 4,2% jener, welche weniger als einen Minimallohn verdienen, wählten ihn. Dies Zahlen weisen auf eine beachtliche Kluft zwischen der Linken und der von der Unterschicht gezeigten Wahlpräferenz hin (welche im Jahr 2002 mehrheitlich Uribe wählte).*

Die Perplexität wird noch grösser, wenn dem beigefügt wird, dass *die WählerInnen von Garzón mehrheitlich aus dem politischen Zentrum und der politischen Rechten stammten. Insbesondere war überraschend, dass - trotz des Beharrens der Linken auf einer politischen Verhandlungslösung des bewaffneten Konfliktes - der Grossteil der WählerInnen von Garzón aus Kreisen kamen, welche die Stärkung der militärischen Repression unterstützten.*

Obwohl nicht erwartet werden kann, dass sich in den seither vergangenen vier Jahren in Bezug auf die linke Präsidentschaftskandidatur viel verändert hat, scheint die soziale Basis des PDA breiter zu sein als beim früheren Pol. Es ist unbestreitbar, dass Carlos Gaviria neue Sympathien und starke Kreise der Unterschicht wie auch der Mittelklasse für sich gewonnen hat. Die persönliche und politische Karriere des ehemaligen Verfassungsrichters sprengt das Muster des traditionellen linken Kandidaten und steht auf dem Boden der demokratischen Kultur, die bei uns so wenig gepflegt wird. Es kann nicht erwartet werden, dass nur Revolutionäre und konsequente Linke für eine Figur ihre Stimme geben, welche den traditionellen Zustand der Dinge herausfordert (auch wenn er gegenüber dem Bürgermeister von Bogotá schweigt). Rodríguez macht darauf aufmerksam, wenn er schreibt: *Es ist möglich, dass ein schöner Teil der Wählerschaft, unabhängig von ihrer ideologischen Nähe zur Linken oder zur Rechten, bereit ist, für einen charismatischen Kandidaten zu stimmen, welcher ein Image von Ehrlichkeit und eine effiziente politische Botschaft hat. Das würde z.B. erklären, dass die Wählerschaft von Bogotá, welche im Jahr 2002 für Uribe stimmte, praktisch mit jener übereinstimmt, welche 2003 Garzón zum Bürgermeister wählte. Der gleiche Student der Mittelschicht oder der Oberschicht, welcher der Botschaft gegen die Korruption und für die Durchsetzung der Autorität der Rechten zustimmte, stimmte ein Jahr später der versöhnlichen sozialen Botschaft der Linken zu.*

Auf jeden Fall hat sich die soziale Situation des Landes verschlimmert, statt verbessert. Die Leute

---

<sup>5</sup>Verschiedene Autoren; Die neue Linke in Lateinamerika, Editorial Norma, 2005



wollen vor allem Frieden und Arbeit, egal wer dies anbietet. Man könnte erwarten, dass die Linke in dieser Wahltrance weniger auf die schwankenden urbanen Mittelschichten schaut und mehr auf die nicht weniger schwankenden armen Schichten und Arbeitenden blickt, welche sich auf Druck der Waffen und der Arbeitslosigkeit an die Projekte der paramilitärischen und Drogenhändler-Mafia von Uribe klammert. In den Zeiten der traditionellen Linken wählten die organisierten Arbeitenden in ihrer Mehrheit nicht die Kommunisten und deren Verbündete, denn sie sahen diese vermischt mit dem subversiven, bewaffneten Kampf und der Diktatur des Kommunismus. Etwas Ähnliches geschieht mit Chávez in Venezuela, wo die Unterstützer seiner bolivarianischen Bewegung nicht in den Gewerkschaften zu suchen sind, sondern in den unorganisierten und politisch weniger kultivierten Kreisen der Unterschicht. Im Moment könnte diese Sicht des Volkes in Kolumbien in einem Wandel begriffen sein, dies aufgrund der Breite des Programms der neuen Linken. Die linke Opposition ist gezwungen anzuerkennen, dass sie nicht gegen eine faschistische oder autokratische Regierung des Zuschnitts wie im Iran, Saudiarabien, Nepal oder den Philippinen antritt, sondern gegen eine intolerante Rechtsregierung, Verfechterin von gewaltsamen Methoden gegen ihre Gegner, welche einen paramilitärischen und mafiösen Staat unter den Bedingungen einer formellen demokratischen Legalität aufbaut. Es gibt keinen Ausnahmezustand (wie es ihn während eines guten Teils des 'demokratischen' Frente Nacional gab), es finden freie Wahlen statt, es gibt einen aktiven Kongress und weitere aktive politische Körperschaften, unzensurierte Presse und Medien, in mehreren Städten offene Büros der Opposition, etc.

Die Ergebnisse der Wahlen vom 28. Mai können neue und vorteilhafte Paradoxien schaffen. Heute, vier Jahre nach der Umsetzung einer offiziellen Kriegspolitik und der Nicht-Verhandlung des bewaffneten Konfliktes, ist es für eine von den Paramilitärs, den vermeintlichen *Erlösern*, geplünderte und vergewaltigte Bevölkerung leichter für die Linke zu stimmen. Dies als Versuch der Ablehnung gegen jene, die sie unterdrücken und drangsalieren. Dies ist schwieriger für jene Bevölkerung, welche dem Druck, der gewaltsamen Vertreibung, den bewaffneten Streiks und der Ausrottungskampagne gegen Behörden und politische Widersacher durch die FARC ausgesetzt sind. Der bewaffnete Konflikt, Hauptproblem des Landes, schadet der Linken überall. Die radikalsten Fraktionen der Linken glauben, dass Carlos Gaviria nicht über diese Problematik sprechen sollte, um nicht inkonsequent zu sein mit den gerechten Zielen, welche die bewaffneten linken Bewegungen seit mehr als vier Jahrzehnten propagieren. Doch es fällt auf, dass diese gleichen radikalen Linkskreise diejenigen sind, welche dem Bürgermeister von Bogotá bei der Verteidigung der Bevölkerung die politische Unterstützung entziehen.